Ausgabe
2 / 2016

23. Bezirk

AKTIVITÄTEN DER FREIHEITLICHEN

* Bürgerkontakte

Gerne nehmen wir uns für Sie Zeit. Bitte informieren Sie uns über Ihre Probleme und vereinbaren Sie mit uns einen Gesprächstermin!

* Besichtigung von Problemstellen im Bezirk

Je nach Bedarf erstellen wir auch Foto- und Videodokumentationen über Ihre Themen. Diese können dann Behörden oder Vertretern von Medien als Darstellung vorgelegt werden. Es fallen dabei keine Kosten für Sie an!

- * Fotos & Videos
- * Pressedienste
- * Zeitungsausschnitte
- * Internet
- * Lärmmessungen in Liesing

Bei Lärmproblemen in Ihrer Umgebung stellen wir Ihnen gerne kostenlos ein Lärmmessgerät zur Verfügung.

WIR NEHMEN IHRE WÜNSCHE UND SORGEN ERNST

„Willkommenskultur unrealistisch - Massenquartiere sind keine Lösung“

Bürger wollen endlich mitbestimmen!

Liebe Mitglieder und Freunde!

Der Umgang der Stadtregierung mit den Bürgern ist unerhört. Sie werden offenkundig nur als Stimmvieh gesehen. Alle 5 Jahre werden wir kurz umworben und dann sollen wir gefälligst alles hinnehmen, was über uns hinweg angeordnet wird.

Beim Asylquartier Ziedlergasse sollte es offenbar ebenso laufen. Wir Freiheitlichen konnten das aber, nicht ganz ohne Mühe und letztlich mit der Hilfe engagierter Liesingerinnen und Liesinger öffentlich machen. **Mehr als 6000 Personen - über 10% der Wahlberechtigten (!) - haben mit vollem Namen und Anschrift unterzeichnet.** Die von uns beantragte Sondersitzung der Bezirksvertretung und die beiden Bürgerversammlungen haben, so wie auch unsere dringliche Anfrage an den Bürgermeister im Landtag, gezeigt, dass wir uns nicht alles gefallen lassen! **Wir haben damit auch ein Signal**

gesetzt, dass von anderen Bezirken aufgenommen wurde.

Liesings FPÖ-Bezirksobmann Mag. Wolfgang Jung überreicht im Zuge einer Info-Stand-Aktion an unseren Vizebürgermeister Johann Gudenus weitere hunderte Unterschriften zur Petition „Gegen die Flüchtlingsunterkunft, Ziedlergasse 21“.

Das Medienecho war schon bis jetzt gewaltig und das Problem kann nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. **Der Protest gegen dieses Massenquartier richtet sich übrigens nicht gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Politik des „Drüberfahrens“ - friss Vogel oder stirb - von Kanzler und Bürgermeister.**

Zaun oder „Türl mit Flügerln“

Seit Jahren warnen wir Freiheitlichen vor den zu durchlässigen Schengengrenzen. Noch am Jahresbeginn gab es die lächerliche Debatte um Zaun und „Türl mit Flügerln“ und Obergrenzen, und jetzt ganz plötzlich, verkünden Kanzler und Innenministerin einen 180-Grad-Schwenk bei der Grenzsicherung. Der Stacheldraht ist gezogen und sogar eine Verlängerung des Wehrdienstes steht zur Debatte.

„Willkommenskultur unrealistisch, Massenquartiere keine Lösung“

Wer in die Bevölkerung hinein hört, hört wie sie ihren Unmut äussert, ja ihre Wut - nicht gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Politiker - inzwischen sogar ziemlich lautstark. Man kann aber, auch an der durch die Zuwanderung noch schwieriger gewordenen Sicherheitssituation in der Stadt, nicht einfach vorübergehen. Ein

Flüchtlinge: Angst vor der „Invasion“

Die massiven Flüchtlingsunterkünfte in der Ziedlergasse 21 in Liesing sind im Bild zu sehen. (Foto: FPÖ)

Die Flüchtlingsunterkunft in der Ziedlergasse verunsichert eine Bürgerversammlung soll Klarheit schaffen.

„(red) Eigentlich hatte sich die Bezirksräte über einen kleinen Erfolg gefreut: Nur 2000 Flüchtlinge sollten im neuen Asylquartier in der Ziedlergasse untergebracht werden. Statt der geplanten 1.200. Das verkündete Bezirksvorsteher Gerald Hantsch (SPÖ) im Montag im Bezirk gehen die Wogen dennoch hoch. Mehr noch, der Ton wird zauer: Eine „flüchtlingelation“ kommt auf dem Boden zu, nicht nur dieser Tage im Altpark sondern nicht weniger. „Das alles spielt sich in der Höhe meines Wohnortes ab“, sagt eine Betroffene. „Meine Ängste und Befürchtungen

kann mir keiner nehmen.“ Und tatsächlich: Der Informationsdienst der Politik schreien hier die wenigsten Gläubigen.

„Das ist“ - und ist die politisch veränderten Antragszeichen legen die meisten Wert - 750 Flüchtlinge in der Ziedlergasse untergebracht werden sollen.“ „Eine 100- bis 200-er-Gruppe.“ „Die Polizeistellen sind eine reine Scheinbestimmung. Davon sind nicht einmal die Plangenen besetzt.“

„Das ist ein Problem“, sagt ein Anwohner. Die Unterkunft habe eine Kapazität von mindestens 1.100 Menschen. „Das kann man nicht schaffen, das Zahlen braun, was es wirklich ist.“

„Auch dass die Sicherheit gewährleistet ist, glauben nicht alle.“ Die FPÖ etwa kritisiert,

das (anderer als geplant) die Polizei nicht dauerhaft in der Flüchtlingsunterkunft präsent sein wird.

„Stretze, Witzungslos“ Bezirksvorsteher Bischof (SPÖ) verspricht in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung, zwar eine verstärkte Sicherheitslage.“ Der FPÖ ist das auf zu wenig. „Dazu sind in der Stadt nicht einmal die Platten besetzt“, sagt der FPÖ-Bezirksobmann Wolfgang Jung.

„In der Höhe meines Wohnortes“, sagt eine Betroffene. „Meine Ängste und Befürchtungen kann mir keiner nehmen.“ Und tatsächlich: Der Informationsdienst der Politik schreien hier die wenigsten Gläubigen.

besonderes Problem stellen dabei die Massenquartiere dar. Das wird sogar schon in Teilen der Regierungspartei erkannt.

Fortsetzung auf Seite 2

Artikel aus der „Wiener Bezirkszeitung“ Nr. 4 - 2016

Zitat Kronenzeitung: „Von der „voreiligen Kritik“ an der Obergrenze bzw. am Richtwert der drei roten Stadträtinnen Sonja Wehsely, Renate Brauner und Sandra Fraunberger halten Ruth Becher von der mächtigen Donaustadt-Fraktion und der Simmeringer Parteichef Harald Troch wenig. Ganz im Gegenteil. „Politiker sollten offen und ehrlich sprechen“, so Troch zur „Krone“. „Es geht natürlich um Obergrenzen. Ich halte nichts von diesem Eiertanz um Begriffe. Es muss gehandelt werden, die Bevölkerung erwartet sich eine ehrliche und realistische Flüchtlingspolitik. Und von ... Massenquartieren, wie sie in Floridsdorf und Liesing entstehen, hält er nichts: Das ist kein guter Weg. Solche Unterkünfte sind unzumutbar für Anrainer, die Schulen sowie Kindergärten in der Nähe ... Sein Fazit: „Die Willkommenskultur ist unrealistisch. Unter anderem aus finanziellen und Integrations-Gründen sowie aus kulturellen (!)“. - Auf Einsicht darf man zumindest hoffen?

Bürger wollen endlich mitbestimmen

Die Stimmung in den von uns beantragten Bürgerversammlungen war eindeutig und zeigte die Verbitterung der Betroffenen, über die einfach drübergefahren wird. Es geht nicht um Mitsprache, bestenfalls um gefilterte Information, nachdem man das Wahlvolk vor vollendete Tatsachen gestellt hat. **Dazu kommt die Angst vor einem gewalttätigen Islamismus und vor Übergriffen auf Frauen und Kinder.** Wenn die Verantwortlichen eine weitere Eskalation vermeiden wollen, müssen sie umgehend die Grenzen dicht machen. **Das Boot ist voll!**

Die „dummen Österreicher“

Aber noch immer wollen uns, trotz höchster Arbeitslosigkeit in der 2. Republik, manche von der Notwendigkeit der Zuwanderung in unser Arbeitssystem überzeugen. „Der durchschnittliche Zuwanderer von

heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“ - so unser jugendlich forscher Außenminister. Jetzt vertritt er auf einmal FPÖ Positionen und gesteht öffentlich, dass die Politik der unkontrollierten Grenzen ein schwerer Fehler war. Klar ist jedenfalls, dass Österreich, einschliesslich der Bundesländer, daraus enorme Kosten entstehen. Sie liegen weit über der Milliardengröße, ohne die weiteren Zuwächse aus 2016! Nicht eingerechnet werden dabei meist auch die Kosten im Gesundheitswesen, die zu Lasten unserer Beitragszahler ausgeweitet werden, oder Wohnungen die nicht an eigene Bürger gehen und dadurch die Preise hinauf treiben.

„Wir brauchen die Zuwanderung zur Sicherung unserer Renten“ wird argumentiert. Allerdings werden alle „Neubürger“ über 35, wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz erhalten, vermutlich wegen der fehlenden Sprachkenntnisse, erst in 3-4 Jahren

Beiträge leisten. Und dann müssten sie ununterbrochen etwa bis zum 70. Lebensjahr berufstätig sein, um eine adäquate Gegenleistung für die verursachten Kosten und ihre eigene Rentenvorsorge zu erarbeiten. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für Familienangehörige.

DESHALB:

Unser Protest geht weiter!!!

Am 14. März um 18:00 Uhr „GROSSDEMO“ am Liesinger Platz. Bitte verbreiten Sie diese Nachricht so weit wie möglich. Wir wollen zeigen, wie viele wir sind, die sich nicht mehr alles gefallen lassen!

Mag. Wolfgang JUNG (Bezirksobmann FPO Liesing, Gemeinderat und Abg. z. Landtag)

Schluss mit den Belastungen durch den ungehinderten Flüchtlingsstrom

GROSSDEMO GEGEN MASSENQUARTIERE IN WIEN

Montag, 14. März 2016

18.00 Uhr • Liesinger Platz

- Wolfgang Jung, Abg. z. Landtag und Bezirksobmann
- Johann Gudenus, Vizebürgermeister der Stadt Wien
- Norbert Hofer, Dritter Präsident des Nationalrates
- HC Strache, Abg. z. NR und Bundesparteiobmann

ZEIGEN WIR MICHAEL HÄUPL, WER DIE INTERESSEN DER WIENERINNEN UND WIENER WIRKLICH VERTRITT!

[f/hcstrache](https://www.facebook.com/hcstrache) www.FPOE-WIEN.at

Das freie Wort - Ihre Meinung zählt

Unter der Rubrik "Das freie Wort" geben wir unseren Bürgern die Möglichkeit, ihre Meinung zu aktuellen Bezirksthemen niederzuschreiben. Beiträge können, im Einverständnis mit den Verfassern, gekürzt werden. Die Redaktion.

Wir für Liesing - Ihre Ansprechpartner

In eigener Sache

Nur wenn Sie uns rasch informieren, können sich unsere Bezirksräte auch rasch für Sie und Ihre Anliegen einsetzen. Helfen Sie uns, Liesing für Sie schöner und lebenswerter zu machen.

Die Sprechstunden unserer Bezirksräte finden Sie auf unserer Homepage:

www.liesing.fpoe-wien.at

In dringenden Fällen sind wir für Sie auch am Wochenende und in der Ferienzeit erreichbar:

Bezirksvorsteher-Stellvertreter

BR Roman Schmid

Tel.: +43(0) / 664-4414075

E-Mail: roman.schmid@fpoe-wien.at

BR Ing. Wolfgang Ulbrich

Tel.: +43(0) / 680-2050815

E-Mail: wolfgang.ulbrich@fpoe-wien.at

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Für den Inhalt verantwortlich:

Bezirksparteiobmann
LABg. Mag. Wolfgang Jung
1082 Wien, Wiener Rathaus - Klub der Freiheitlichen

Tel.: +43(1) / 4000-81746

Fax: +43(1) / 4000-99-81741

E-Mail: jung.w@inode.at

Fotos: Archiv FPÖ-Liesing

„Das Blaue Blatt“ ist eine kostenlose Informationszeitschrift und berichtet schwerpunktmäßig aus den einzelnen Liesinger Bezirksteilen.

Bürgerbefragung unerwünscht - Meinung der Liesinger darf nicht ignoriert werden

Die FPÖ-Liesing wollte einen Antrag auf eine Bürgerbefragung zum Thema „Flüchtlingsquartier Ziedlergasse“ einbringen. Eine Entscheidung der Bevölkerung war aber nicht erwünscht, denn der Antrag wurde, mit einer nicht nachvollziehbaren Begründung, erst gar nicht zugelassen.

In einem weiteren Antrag haben wir die Bezirksvertretung aufgefordert, sich gegen die Errichtung des Asylquartiers auszusprechen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNEN und NEOS abgelehnt.

Bürgerversammlungen bis zum letzten Platz gefüllt

Dafür hat die von der FPÖ verlangte Bürgerbefragung zu einem bisher nicht gekannten Zulauf geführt. Es hatten sich

Die Bürgerversammlungen zum Thema „Flüchtlingsquartier Ziedlergasse“ waren jedesmal bis auf den letzten Platz ausgebucht.

so viele Bürger angemeldet, dass sogar eine zweite Versammlung angesetzt werden musste. Die zahlreichen Fragen der Bürger, die sich hauptsächlich auf die Sicherheit bezogen, konnten nur

teilweise bzw. unbefriedigend beantwortet werden. Feststeht aber, dass noch weitere Asylquartiere in Liesing entstehen sollen - genaue Stand-

orte stehen „angeblich“ noch nicht fest. Auch ist nicht si-

cher, ob das Flüchtlingsquartier in der Ziedlergasse tatsächlich nach einem Jahr geschlossen werden wird. Das hängt von der weiteren Entwicklung der Flüchtlingskrise ab.

Widersprüchliche Angaben zur Anzahl der Asylwerber

Widersprüchliche Aussagen gibt es nach wie vor zu der Anzahl der Asylwerber. Der von Flüchtlingskoordinator Peter Hacker genannte Zahl von 750 Personen, steht die Aussage von Stadträtin Sonja Wehsely gegenüber, die in einem Kurier Interview klar stellte, dass „vorerst“ nur 750 bis zu 1000 Plätzen genutzt werden werden.

Auch Liesings FPÖ-Bezirksobmann Mag. Wolfgang Jung machte bei den Bürgerversammlungen zum Thema „Flüchtlingsquartier Ziedlergasse“, auf die Ängste und Sorgen der betroffenen Liesinger Bürger aufmerksam.

Die FPÖ wird auch weiterhin gegen Massenquartiere für Flüchtlinge auftreten und 1. Anlaufstelle für besorgte und verunsicherte Bürger bleiben.

Unterstützungserklärungen für unseren Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl

Voraussetzung sind mind. 6000 Unterstützungssignaturen wahlberechtigter Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen ab dem 24. Februar 2016 bis zum 11. März 2016 geleistet werden.

Wenn Sie unseren Kandidaten unterstützen möchten, können Sie Ihre Unterschrift bei jedem Magistratischen Bezirksamt leisten. Senden Sie bitte Ihre vom Amt bestätigte Unterstützungserklärung im

Original an (**Achtung: einlangend spätestens am 14. März 2016 !**):

FPÖ-Landesgeschäftsstelle Wien
1010 Wien, Rathausplatz 8/3/9

Sie können die Unterstützungserklärung aber auch direkt beim FPÖ-Bürgerstand am Freitag, den 11. März 2016, von 9-13 Uhr, auf dem Liesinger Platz abgeben.

Bitte unterstützen Sie Norbert Hofer auf seinem Weg in die Hofburg!

Die Unterschrift der Unterstützungserklärung gilt nicht als Stimmabgabe bei der Bundespräsidentenwahl! Gehen Sie daher jedenfalls am 24. April 2016 zur Bundespräsidentenwahl!

Bitte unterstützen Sie Norbert Hofer auf seinem Weg in die Hofburg und motivieren Sie auch Ihre Familie, Freunde und Bekannten dazu - Vielen Dank!

Petition

Gegen die Flüchtlingsunterkunft Ziedlergasse 21, 1230 Wien

Da dieses Gebiet reines Wohngebiet ist und die Bewohner sich jetzt schon vor steigender Kriminalität und großen Schäden an Ihrem Eigentum bzw. an Schäden der eigenen Gesundheit betreffend fürchten, wurde diese Petition ins Leben gerufen.

Vorname	Nachname	Geburtsdatum	Wiener Hauptwohnsitz	Datum	Unterschrift

**6000
Unterschriften
- ein starkes
Signal der
Liesinger**

Die Petition gegen das Flüchtlingsquartier in der Ziedlergasse hat binnen weniger Wochen 6000 Unterschriften erreicht - **vielen Dank an alle Unterstützer für dieses eindrucksvolle Zwischenergebnis!** Wir geben uns damit aber noch lange nicht zufrieden.

Schluss mit dem darüberfahren über unsere Bezirksbevölkerung!

Noch haben wir bis Ende März die Möglichkeit, um die 6000 Unterschriften bei weitem zu übertreffen - nützen wir diese Gelegenheit und zeigen wir, dass wir uns nicht mehr alles gefallen lassen.

Wir werden nicht hinnehmen, dass unsere Bezirksbevölkerung die verantwortungslose „Grenzen auf Politik“ unserer Bundesregierung ausbaden muss. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin - jede Stimme zählt!

Die Petition kann von jedem Bürger, der in Wien seinen Hauptwohnsitz hat und das 16. Lebensjahr vollendet hat, unterschrieben werden kann.

Bitte die Unterschriften im Original an nachstehende Adresse senden:

**Klub der Freiheitlichen
z.Hd. Herrn LABg.
Mag. Wolfgang Jung
Wiener Rathaus
Felderstraße
Stiege 6/HS/234
1082 Wien**